

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/005(V)/10			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 05.03.2010	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:30Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 22. 01. 2010
- 4 Beschlussvorlagen und Informationen
 - 4.1 Aktuelle Situation im Bereich Wohngeld und Prognose für das Jahr 2010
Vorlage: I0008/10
BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit
 - 4.2 Beitragsfreie Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Magdeburg in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
Vorlage: DS0029/10
BE: Oberbürgermeister

- 5 Anträge
- 5.1 Gläsernes Rathaus II
Vorlage: A0226/09
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.1.1 Gläsernes Rathaus II
Vorlage: S0007/10
BE: Oberbürgermeister
- 5.2 Ausweitung der Onlinedienste auf der Internetpräsenz der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0234/09
Fraktion CDU/BfM
- 5.2.1 Ausweitung der Onlinedienste auf der Internetpräsenz der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0011/10
BE: Oberbürgermeister
- 5.3 Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe
Vorlage: A0005/10
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.3.1 Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe
Vorlage: S0026/10
BE: Oberbürgermeister
- 5.4 Öffentliche Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Erstellung eines
Image Films über die Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0247/08
Fraktion DIE LINKE
WV vom 13. 03. 2009
- 5.4.1 Öffentliche Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Erstellung eines
Image Films über die Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0247/08/1
Fraktion DIE LINKE
- 5.5 Beteiligung Ausschuss UwE
Vorlage: A0233/09
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.5.1 Beteiligung Ausschuss UwE
Vorlage: A0233/09/1
Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

- 5.5.2 Beteiligung Ausschuss UwE
Vorlage: S0024/10

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5.6 Werbefinanziertes Amtsblatt
Vorlage: A0091/09

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WV vom 07. 08. 2009
- 5.6.1 Werbefinanziertes Amtsblatt
Vorlage: S0214/09
- 5.6.2 Werbefinanziertes Amtsblatt
Vorlage: S0412/09

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Mirko Stage

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Geschäftsführung

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

Frau Andrea Behne

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Frank Schuster

Stadträtin Regina Frömert

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der TOP 5.6 A0214/09 – Werbefinanziertes Amtsblatt – wird von Stadtrat Wähnelt, Fraktion Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **zurückgezogen**.

Die so geänderte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 22. 01. 2010

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einstimmig bestätigt.

4. Beschlussvorlagen und Informationen

4.1. Aktuelle Situation im Bereich Wohngeld und Prognose für das Jahr 2010 Vorlage: I0008/10

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit (Bg V) Herr Brüning, teil.

In seinen erläuternden Ausführungen zur Information geht der Beigeordnete Herr Brüning auf den Hintergrund der Information ein. Insbesondere verweist er dabei auf die Entwicklung der Berechnung des Wohngeldes und die erhöhte Anzahl der entsprechenden Wohngeldbescheide auf Grund der Änderungen des Wohngeld-Gesetzes im Jahr 2009. Dies hat zur Folge, dass sich der sonst erforderliche Zeitraum für die Bearbeitung von Wohngeldanträgen von 4 – 6 Wochen auf bis zu 12 Wochen verlängert hat. Zur Veränderung dieser Situation wurden entsprechende

Maßnahmen eingeleitet, wie z.B. die Verlängerung befristeter Personalstellen und der Einsatz von zusätzlichen Kräften. Herr Brüning verweist jedoch darauf, dass auf Grund der Vielzahl der noch offenen Anträge kurzfristig keine Reduzierung der Bearbeitungsfristen in Aussicht steht.

In der sich anschließenden Diskussion kritisiert Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, die langen Bearbeitungsfristen und führt aus, dass in Einzelfällen diese Fristen sogar noch länger sind. Er regt an Überlegungen anzustellen, ob nicht noch zu den 5 Auszubildenden weitere neu eingestellt werden sollten.

Der Beigeordnete Herr Brüning führt aus, dass auf Grund der eingeleiteten Maßnahmen die Bearbeitungsfrist von bis zu 12 Wochen stabilisiert wurde. Er bestätigt jedoch, dass in Einzelfällen eine längere Frist nicht auszuschließen ist. Hinsichtlich des Vorschlages zum Einsatz weiteren Personals verweist er auf die damit verbundenen erforderlichen Qualifizierungen dieser Kräfte und die Bereitstellung entsprechender Büroräume.

Ergänzend führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass der Einsatz weiterer Kräfte auch finanziert werden muss und eine Aufstockung des Personals auf Grund der derzeitigen Haushaltssituation der Stadt nicht erfolgen kann. Die Verwaltung richtet alle Bemühungen darauf, mit dem vorhandenen Personal den bestehenden Antragstau abzubauen. Gleichzeitig verweist er darauf, dass zunächst noch abgewartet werden muss, wie es mit den Regelungen zu Hartz IV weiter geht.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, hinterfragt die Gründe für den bestehenden Stau bei der Bearbeitung der Anträge.

In Beantwortung der Nachfrage informiert der Beigeordnete Herr Brüning über die Information der ARGE hinsichtlich des anzuwendenden Verfahrens der Wohngeldberechnung auf der Grundlage einer neuen Verordnung. Auf Grund der Kompliziertheit dieses Verfahrens gab es Bemühungen, seitens der ARGE entsprechendes Personal einsetzen zu können. Erschwerend kam dazu, dass abgestellte Mitarbeiter der Verwaltung auf Grund der zeitlichen Befristung nicht mehr zur Verfügung stehen. Als einen weiteren Punkt benennt Herr Brüning, dass die Wohngeldanträge nicht in dem Zeitraum, wie zunächst erwartet, eingegangen sind. Er versichert abschließend, dass sich alle Bemühungen darauf richten, den Zeitraum für die Antragsbearbeitung wieder auf 4 – 6 Wochen zu reduzieren.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

- 4.2. Beitragsfreie Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Magdeburg in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
Vorlage: DS0029/10
-

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt eine kurze Erläuterung zur Drucksache.

Zur Nachfrage des Stadtrates Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, zum kostenfreien Beitrag der Mitgliedschaft informiert der Oberbürgermeister, dass ihm der Hintergrund hierfür nicht bekannt sei.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellt die Frage nach der Verantwortlichkeit in der Verwaltung und hinterfragt den erforderlichen Arbeitsaufwand.

In Beantwortung der Frage informiert Herr Dr. Trümper, dass dies noch nicht abschließend geklärt sei. Vorstellbar wäre jedoch, die Betreuung der Mitgliedschaft durch das neu einzurichtende Internationale Büro für Wirtschaftsförderung im Dezernat III vorzunehmen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0029/10 in seiner Sitzung am 25. 03. 2010 zu beschließen.

5. Anträge

- 5.1. Gläsernes Rathaus II
Vorlage: A0226/09
-

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist Bezug nehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung, dass dem Anliegen des Antrages mit dem Internetauftritt der Landeshauptstadt Magdeburg bereits Rechnung getragen wird und hält die Einrichtung eines weiteren Forums für nicht erforderlich.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnet die Einrichtung eines Bürgerforums, welches dem Stadtrat zugeordnet ist, als eine gute Ergänzung zu den bereits bestehenden Foren.

Er legt seine Auffassung dar, dass die Einrichtung keines großen Aufwandes bedarf und die Möglichkeit zu mehr Aktualität und Animierung der Bürger zur Meinungsäußerung bietet.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass Meinungsäußerungen von Bürgern zu bestimmten Verhandlungsgegenständen direkt bei ihm eingehen und verweist auch auf die umgehende Freischaltung von öffentlichen Verhandlungsgegenständen im Nachgang zu seiner wöchentlichen Dienstberatung. Denkbar wäre es jedoch, über die bereits vorhandenen Bürgerforen und die damit verbundene Möglichkeit zur Meinungsäußerung verstärkt in der Öffentlichkeit zu informieren.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE, ist ebenfalls der Auffassung, dass bei wirklich bestehendem Interesse ausreichend Möglichkeiten der Information vorhanden sind. Er gibt zu bedenken, dass manche der in den Foren eingestellten Beiträge von keiner guten Qualität sind und befürchtet, dass dies auch in einem neuen Forum so sein wird. Stadtrat Theile spricht sich gegen eine Zustimmung zum Antrag aus und befürwortet die vorgeschlagene Information der Öffentlichkeit über die bestehenden Foren.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, verweist darauf, dass sowohl Fraktionsgeschäftsstellen als auch Stadträte jederzeit ansprechbar sind. Ebenso besteht die Möglichkeit zu Meinungsäußerungen im Rahmen der Einwohnerfragestunde des Stadtrates. Er hält die vorhandenen Informationsmöglichkeiten für ausreichend.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, regt Bezug nehmend auf das Ratsinformationssystem an Überlegungen anzustellen, wie dessen Nutzung mehr in die Öffentlichkeit getragen werden kann. Gleichzeitig unterbreitet er den Vorschlag, in diesem System für die Bürger die Möglichkeit einzurichten, eine Meinungsäußerung abgeben zu können und z.B. über einen entsprechenden Button diese gleich an die Fraktionsgeschäftsstellen bzw. den Oberbürgermeister zu senden. Einschränkend legt er seine Auffassung dar, dass diese Möglichkeiten wahrscheinlich nicht sehr oft genutzt werden.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, sieht die geringe Nutzung der vorhandenen Informationsmöglichkeiten als Ausdruck für das mangelnde Interesse und für die Politikverdrossenheit der Bürger.

Ergänzend führt der Oberbürgermeister aus, dass dieses Desinteresse oftmals auch darauf zurückzuführen sei, dass keine persönliche Betroffenheit besteht. Am Beispiel des geplanten Tunnelbaus konnte dagegen festgestellt werden, dass viele Bürger die Informationsmöglichkeiten genutzt und ihre Auffassungen in den vorhandenen Foren geäußert haben.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 1 Ja-Stimme, 7 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0226/09 nicht zu beschließen.

5.1.1. Gläsernes Rathaus II Vorlage: S0007/10

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2. Ausweitung der Onlinedienste auf der Internetpräsenz der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0234/09

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, erklärt sich mit der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung einverstanden und zieht den Antrag A0234/09 zurück.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, regt an, im Rahmen der Überarbeitung des Internetauftritts seitens der Fraktionen entsprechende Anregungen vornehmen zu können.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, unterstützt diese Auffassung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, Anregungen und Wünsche der Fraktionen zum Internetauftritt gleich an den für die Überarbeitung zuständigen Bereich – Pressestelle des BOB – zu richten.

In diesem Zusammenhang informiert Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! über einen ihm bekannt gewordenen Sachverhalt hinsichtlich der Nutzung von Formularen aus dem Internet. Speziell handelt es sich hierbei um Gewerbeanmeldungen, wofür das im Internet eingestellte Formular nicht korrekt ist und im zuständigen Bereich nicht anerkannt wird. Ebenso sind die damit verbundenen Kosten nicht korrekt angegeben.

Der Oberbürgermeister sagt zu, den Sachverhalt prüfen zu lassen.

Hinweis: Im Nachgang zur Sitzung erfolgte seitens des BOB Team 3 die Beantwortung per Mail an Stadtrat Stage und die Mitteilung, dass das Online bereitgestellte Formular zur Gewerbeanmeldung korrekt sei. Die angegebenen Kosten werden aktualisiert.

5.2.1. Ausweitung der Onlinedienste auf der Internetpräsenz der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0011/10

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3. Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe
Vorlage: A0005/10

Zur Beratung liegt den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses der Änderungsantrag A0005/10/1 des Ausschusses KRB vor.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, erklärt Bezug nehmend auf den Änderungsantrag, dass mit diesen Änderungen seine Fraktion dem Antrag A0005/10 zustimmen kann.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, begründet seine Auffassung, auf Grund der Nichtnachvollziehbarkeit des geschilderten Sachverhaltes, sich bei einer Abstimmung zum Antrag nicht zu beteiligen. Er bezeichnet die Beschlusspunkte 1 und 3 für nicht zustimmungsfähig. Dem Beschlusspunkt 2 könne er jedoch zustimmen.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, hinterfragt die im Änderungsantrag geforderte Streichung des Beschlusspunktes 3.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, sieht in der Umsetzung des Beschlusspunktes 3 eine Vorwegnahme des Ergebnisses und begründet damit die im Änderungsantrag beantragte Streichung des Beschlusspunktes.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, informiert über intensive Bemühungen des Bundes für Magdeburg hinsichtlich einer Kontaktaufnahme zu Frau Davis in deren Ergebnis festgestellt werden musste, dass seitens Frau Davis kein Interesse an einer Kontaktaufnahme besteht.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bittet darum, die Beschlusspunkte des Änderungsantrages einzeln abzustimmen.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, macht umfassende Erläuterungen zum Anliegen des Antrages seiner Fraktion. Eingehend auf die in der Diskussion geäußerten Auffassungen unterbreitet er nachfolgende redaktionelle Änderungen im Antrag A0005/10:

Im Beschlusspunkt 1 sollen im 1. Absatz die Worte „... sowie dessen Freilassung“ gestrichen werden.

Im Beschlusspunkt 3 ist die Formulierung „...eine Freilassung von...“ zu ersetzen durch ...ein faires Gerichtsverfahren für...“

Stadtrat Wähnelt bittet um Einzelabstimmung der so geänderten Beschlusspunkte.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den **Beschlusspunkt 1** des Antrages A0005/10 in der geänderten Fassung zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den **Beschlusspunkt 2** des Antrages A0005/10 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den **Beschlusspunkt 3** des Antrages A0005/10 nicht zu beschließen.

Mit den Beschlussempfehlungen zum redaktionell geänderten Antrag A0005/10 erfolgt keine Abstimmung zum Änderungsantrag A0005/10/1 des Ausschusses KRB.

5.3.1. Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe
Vorlage: S0026/10

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4. Öffentliche Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Erstellung
eines Image Films über die Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0247/08

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Teams 1 im Dezernat für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit, Herr Böttcher, teil.

Auf Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, bzgl. eines aktuellen Sachstandes informiert Herr Böttcher, dass sich hinsichtlich der getroffenen Aussage, vor der Erstellung eines Imagefilms zunächst die Kampagne der neuen Dachmarke abzuwarten, kein neuer Stand ergeben hat. Auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses zur Dachmarke wird die Verwaltung Ende des Jahres über die Entwicklung der Kampagne informieren. Danach wird zu entscheiden sein, ob diese Kampagne weitergeführt wird.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, legt seine Auffassung dar, dass ein Imagefilm kein umfassender Werbefilm sein muss. Unter Verweis auf die Auftaktveranstaltung zur Dachmarken-Kampagne und einer stattgefundenen Lasershow auf dem Domplatz führt er aus, dass solche Veranstaltungen mit Verknüpfungen zur Geschichte und Gegenwart der Stadt Inhalt eines Imagefilms sein könnten. Er spricht sich für die Erstellung des Films aus.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass derzeit seitens des MDR ein Film über die regionale Planungsgemeinschaft erstellt wird, der jedoch nicht länger als zwei bis drei Minuten Dauer haben wird.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, hält einen Imagefilm in der Anfangsphase der Dachmarken-Kampagne für wichtig. Dieser Film muss mit dem Namen Otto assoziiert sein.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, führt aus, dass seitens der MVB ein Kurzfilmwettbewerb durchgeführt wird und unterbreitet den Vorschlag, als Ausgangsbasis für die Erstellung des Imagefilms z.B. einen solchen Otto-Kurzfilm-Wettbewerb auszuloben. Um die Kosten so gering wie möglich zu halten, könnte dieser Wettbewerb unter Studenten geführt werden.

Der Oberbürgermeister hält den Vorschlag für machbar. Möglich wäre bei der Unterbreitung guter Ideen, diese entsprechend noch nachzubearbeiten.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, stellt fest, dass in den vergangenen 12 Monaten keine Änderung der schon damals bestehenden Situation erfolgte.

Er wirft die Frage auf, welche Haltung die mit der Dachmarken-Kampagne beauftragte Agentur hinsichtlich einer Wettbewerbsauslobung einnehmen wird und wie sich die Lage hinsichtlich der Rechte darstellt. Stadtrat Müller unterbreitet den Vorschlag, bei den für die Dachmarken-Kampagne Verantwortlichen nachzufragen, ob ihrerseits ein Imagefilm geplant ist, damit eine Interessenkollision vermieden werden kann.

Er schlägt vor, den Antrag A0247/08 bis zum Abschluss der Dachmarken-Kampagne weiterhin zurückzustellen.

Der Oberbürgermeister legt seine Auffassung dar, dass mit der Durchführung des Kurzfilmwettbewerbs das Anliegen des Antrages A0247/08 erfüllt sei.

Herr Böttcher bezeichnet den Vorschlag des Stadtrates Stage, den Wettbewerb unter Studenten zu führen, als gut. Geplant war zunächst, einen Fotowettbewerb auszurichten, aber die Durchführung des vorgeschlagenen Wettbewerbs sei auch machbar.

Er führt aus, bei bestehendem Konsens im Verwaltungsausschuss, die Anregung zur Durchführung eines Wettbewerbs als Arbeitsauftrag mitzunehmen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, spricht sich, unter der Voraussetzung, dass es zu keiner Kollision unterschiedlicher Interessen kommt, für eine Abstimmung zum Vorschlag des Stadtrates Stage aus.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper regt hinsichtlich der beantragten öffentlichen Ausschreibung an, die Ausschreibung des Wettbewerbs nicht öffentlich vorzunehmen, und schlägt vor, direkt an die Universität „O.v.Guericke“ sowie die Fachhochschule Magdeburg-Stendal heranzutreten und eine Wettbewerbsteilnahme zu erfragen.

Abschließend unterbreitet Herr Böttcher den Vorschlag, einen kleinen Wettbewerbspreis zur Belohnung des Aufwandes auszuloben.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen mit 12 Ja-Stimmen der Ausschreibung eines Kurzfilmwettbewerbes entsprechend Vorschlag des Oberbürgermeisters zu.

VA: Dezernat III

Es erfolgt nur eine Beschlussempfehlung zum Änderungsantrag A0247/08/1, da dieser den Ursprungsantrag vollständig ersetzt.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt einstimmig dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0247/08/1 unter Beachtung der Festlegung zur Ausschreibung des Kurzfilmwettbewerbes zu beschließen.

5.5. Beteiligung Ausschuss UwE
Vorlage: A0233/09

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Leiterin der Abteilung 30.2 Frau Kuhle teil.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, nimmt Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung und trifft die kritische Feststellung, dass eine Beteiligung des Ausschusses UwE durch eine Änderung der Hauptsatzung nicht gegeben ist.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass der Ausschuss für alle Belange des Geschäftsbereiches des Umweltamtes, ausgenommen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises, zuständig ist. Als Beispiel führt er an, dass Baumfällungen im Baugenehmigungsverfahren zum übertragenen Wirkungskreis gehören und somit keine Ausschusszuständigkeit gegeben ist.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet seine Auffassung zur Beteiligung des Ausschusses UwE in B-Plan-Verfahren.

Bezug nehmend auf das im Antrag benannte Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse verweist der Oberbürgermeister klarstellend darauf, dass mit der Stadtratsbeschlussfassung zur Aufgabenübertragung an Ausschüsse somit auch deren Zuständigkeiten festgelegt sind. Somit können Ausschüsse sich nicht mit Belangen beschäftigen, die nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich liegen.

Frau Kuhle informiert, dass mit der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung alle Zuständigkeiten geregelt sind. Seitens der Verwaltung muss dafür Sorge getragen werden, dass die entsprechende Einbeziehung des Ausschusses UwE gewährleistet wird.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, führt aus, dass es hinsichtlich der Ausschussbeteiligungen bei Grundstücksverkäufen und städtebaulichen Belangen bereits klare Regelungen in der Hauptsatzung gibt.

Er unterbreitet den Vorschlag darüber nachzudenken, das Umweltamt dem Dezernat VI zuzuordnen und legt seine Auffassung dar, dass damit eine schnellere Vorbereitung der entsprechenden Stadtratsbeschlussfassungen ermöglicht werden kann.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, macht erläuternde Ausführungen zum Änderungsantrag seiner Fraktion und legt seine Auffassung dar, dass dieser das Anliegen der Ausschussbeteiligung besser erfasst.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärt, als Kompromiss auch mit dem Änderungsantrag leben zu können.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0233/09/1 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 1 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0233/09 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zu beschließen.

5.5.1. Beteiligung Ausschuss UwE
Vorlage: S0024/10

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.6. Werbefinanziertes Amtsblatt
Vorlage: A0091/09

Der Antrag wurde vom Einbringer **zurückgezogen**.

6. Verschiedenes

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, hinterfragt eine im Zusammenhang mit der Schweinegrippe erlassene Verfügung des Ordnungsamtes, zur Vermeidung einer Ansteckungsgefahr Bürgern zur Begrüßung nicht mehr die Hand zu reichen.

Hinweis: Im Nachgang zur Sitzung erfolgte eine Prüfung des Sachverhaltes im Fachbereich 32. Vom Leiter des Fachbereiches wurde u.a. mitgeteilt, dass es solch eine Festlegung im Bereich nicht gibt und klarstellend auf Empfehlungen des Gesundheitsamtes vom Dezember 2009 zur Schweinegrippe verwiesen. Das Prüfergebnis wurde Stadtrat Stage mitgeteilt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin